

## Gesundheitsreform

# Ärzte ergreifen das Referendum

**Künftig sollen Patienten den Arzt nur noch völlig frei wählen können, wenn sie mehr zahlen. Das eint die häufig zerstrittenen Ärzte im Widerstand.**

VON JÜRGEN AUF DER MAUR  
juerg.aufdermaur@zentralschweizsamsonntag.ch

Bei den Ärzten sind die Würfel bereits gefallen. Die Luzerner Ärztevereinigung Pulsus wird gegen die Teilrevision «Managed Care» des Krankenversicherungsgesetzes das Referendum ergreifen. Diese hat der Nationalrat in der Sommersession verabschiedet. Zwar ist nach der Sommerpause die Kleine Kammer am Zug. Doch Pulsus ist bereits heute überzeugt, dass der Ständerat die geforderten Korrekturen am Gesetz nicht vornehmen wird. Die Entscheidung fürs Referendum hat der Vorstand diese Woche gefällt.

## Hoffen auf Spareffekt

Damit wird die Bevölkerung das letzte Wort haben in einer wichtigen gesundheitspolitischen Frage. Unter «Managed Care» versteht man die Behandlung der Patienten in Ärztenetzwerken. Nur noch diese Leistungen sollen künftig von den Krankenkassen im bisherigen Rahmen gedeckt werden. Wer den Arzt immer frei wählen will, soll neu 20 statt wie bisher 10 Prozent Selbstbehalt bezahlen.

Davon verspricht sich die Politik grosse Spareffekte, weil es dannzumal nicht mehr möglich sein wird, dass ein Patient von Arzt zu Arzt rennt, um sich behandeln zu lassen. Während «Managed Care» für bürgerliche Politiker zum eigentlichen Zauberwort zur Eindämmung der Prämienexplosion geworden ist, ist die politische Linke derzeit skeptisch bis ablehnend.

## Ärzte gegen Zwang

«Ärztinnen und -ärzte sind eine gute Sache und sollen gefördert werden», sagt Marcus M. Maassen als Präsident von Pulsus im Gespräch mit der «Zentralschweiz am Sonntag». Seine Organisation wehre sich aber dagegen, «dass Patientinnen und Patienten gezwungen werden sollen, einem Netzwerk beizutreten – unter gleichzeitigem Verlust der freien Arztwahl». Tatsache sei nämlich, dass sich für jeden Versicherten der heutige jährliche Höchstbetrag von 700 Franken (Franchise und Selbstbehalt) auf mindestens 1400 bis 1700 Franken mehr als verdoppeln werde, wenn er keinem Netzwerk beitrete. «Hier nicht von Zwang zu reden, ist geradezu zynisch», begründet Maassen den Entschluss, das Referendum zu ergreifen.

Dazu komme, dass das Gesetz heute vorsehe, dass die Patienten mit den Kassen dreijährige Verträge abzuschliessen hätten. Nur mit viel Geld könne man sich davon vorzeitig freikaufen. Schliesslich missachte die jetzige Gesundheitsreform den Volkswillen,



Der Luzerner Arzt Marcus M. Maassen bei einem Untersuchen in seiner Praxis. Er führt den Widerstand gegen die jüngste Gesundheitsreform an.

BILD PIUS AMREIN

weil sich das Volk klar und deutlich gegen die Abschaffung der freien Arztwahl ausgesprochen habe, so Maassen.

## Breiter Schulterschluss

Bei Pulsus ist man überzeugt, die notwendigen 50 000 Unterschriften schnell sammeln zu können. Gespräche haben gezeigt, dass mindestens fünf Organisationen mitmachen werden. Schützenhilfe erhält Pulsus von Robert Schönenberger, Präsident der Ärzteschaft Stadt und Region St. Gallen. «An der Basis brodelt es gewaltig», sagt Schönenberger, der am Donnerstag den Verein für freie Arztwahl gegründet hat. Mit dieser Organisation will man den Abstimmungskampf gegen «Managed Care» aufnehmen.

Die Opposition gegen die integrierten Behandlungen hätten zudem zu einer breiten Solidarität unter der Ärzteschaft geführt, stellt Schönenberger fest. Spezialisten wie Allgemeinpraktiker fühlten sich von der Schweizerischen Ärztesgesellschaft FMH zunehmend im Stich gelassen.

## Warnung an die Patienten

Eine Umfrage unter seinen 380 Berufskollegen habe ergeben, dass über 50 Prozent das Referendum unterstützen, betont Schönenberger im Gespräch weiter. Er und seine Kollegen sind überzeugt, dass «Managed Care» mit Maximalbudgets zu Leistungseinschränkungen, sogenannter Rationierung, für die Patienten führe.

Partner im Referendumskampf der Ärzte werden die Patientenorganisationen sein. Sie haben das Referendum aber noch nicht beschlossen, weil sie nach wie vor auf den Ständerat hoffen. Die Patientenstelle Romandie fordert gemäss ihrem Präsidenten und SP-Nationalrat François Steiert Finanzneutralität. Auf dem heutigen Stand würden Kosten von schätzungsweise 200 bis 300 Millionen Franken von den Gesunden auf die Kranken überwälzt. Zudem will er, dass im Gesetz ausdrücklich ein flächendeckendes Versorgungsnetz gefordert wird und die Exklusivklausel – dass jedes Netzwerk nur mit einer Versicherung arbeiten könne – gestrichen werde. Auch Margrit Kessler, Präsidentin der Stiftung SPO Patienten-

## EXPRESS

- Der Entscheid ist gefallen: Die Gesundheitsreform wird vors Volk kommen.
- Die Ärzte wollen nicht, dass Patienten ihre Wahlfreiheit verlieren.
- Dieses Anliegen teilen die Patientenschützer, die das Referendum unterstützen.

schutz, bläst zum Angriff: «Jetzt stehen die Patienten im Regen. Das ganze System ist viel zu wenig durchdacht und muss dringend korrigiert werden.»

## Arbeitslosenversicherung

# Bürgerlicher verabschiedet sich aus Pro-Kampagne

**Die Rechte tobt. Dass der Bundesrat noch nicht sagt, wann die Reform der Arbeitslosenversicherung greifen soll, sorgt für rote Köpfe.**

Der Zuger SVP-Nationalrat Marcel Scherer fühlt sich vom Bundesrat verschaukelt. Scherer kämpft bei der Revision der dringenden nötigen Arbeitslosenversicherung (ALV) im Ja-Komitee. Hier soll dank Leistungskürzungen und höheren Abgaben die Rechnung wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Mittlerweile ist der Schuldenberg der ALV auf nicht weniger als 7 Milliarden Franken angestiegen.

An seiner letzten Sitzung vor den Ferien hat der Bundesrat entschieden,

die Frage der Inkraftsetzung noch offen zu lassen. Damit droht aus Sicht der Bürgerlichen, dass die Abgaben zwar auf den 1. Januar 2011 steigen, die Leistungskürzungen aber erst auf 2012 in Kraft gesetzt werden.

## Ein Schuss vor den Bug

Dieses Vorgehen sorgt selbst in der Partei der federführenden Bundesrätin Doris Leuthard für Kritik. In den Augen des Luzerner CVP-Nationalrats Ruedi Lustenberger trägt das bundesrätliche Vorgehen nicht dazu bei, dass das angeschlagene Vertrauen der Bevölkerung in die Landesregierung wieder besser werde. Die Regierung habe, so Lustenberger, «während des Spiels die Spielregeln geändert».

Scherer will das nun nicht akzeptieren. «Ich habe meine Mitarbeit im Pro-Komitee sistiert», erklärte er ges-



«Der Bundesrat muss seinen Entscheid überdenken.»

MARCEL SCHERER,  
ZUGER SVP-NATIONALRAT

tern der «Zentralschweiz am Sonntag». «Der Bundesrat muss nochmals über die Bücher und seinen Entscheid überdenken», sagt Scherer. Dann entscheide er, ob und in welcher Form er sich im Abstimmungskampf engagiere. Sein Parteikollege, SVP-Nationalrat Christoph von Rotz bleibt im Komitee. Er beisst in den sauren Apfel, nicht zuletzt deshalb, weil ein Nein zur Vorlage dazu führen würde, dass nur die Beiträge erhöht, die Leistungen aber gar nicht gekürzt werden müssten.

## Pfister warnt vor Nein

Genau vor diesem Szenario warnt Gerhard Pfister (CVP, Zug). Der Termin, wann das Gesetz in Kraft trete, sei insgesamt betrachtet ein Detail. Wichtig sei, dass die ganze Vorlage durchkomme. Wenn nun ausgerechnet das Gewerbe dazu beitrage, dass die Re-

form nicht unter Dach gebracht werden könne, sei das «naiv». Pfister: «Dann hätten die Linken ihr Ziel erreicht.»

## Kritik an Gewerbepräsident

Hintergrund der Kontroverse ist nicht zuletzt der Gewerbeverband. Dabei spielt der neue Präsident, SVP-Nationalrat Bruno Zuppiger, eine entscheidende Rolle. Bereits kurz nach Amtsantritt steht er in Verdacht, als Gewerbepräsident auch mit der jetzt laufenden Kampagne gegen die Regierung vor allem seiner Partei in die Hand zu spielen. Zuppiger war trotz mehrmaligen Versuchen nicht zu erreichen. Für Pfister jedenfalls ist klar: «Bruno Zuppiger muss sich entscheiden, ob er SVP-Parteisoldat sein oder das Gewerbe vertreten will.»

JÜRGEN AUF DER MAUR  
juerg.aufdermaur@zentralschweizsamsonntag.ch